

Beschluss

## **Weg frei für eine ergebnisoffene Endlagersuche für hochradioaktiven Atommüll**

### **Keine weiteren Castoren nach Gorleben!**

50 Jahre nach dem Einstieg in die Atomenergie, nach über 30 Jahren Auseinandersetzungen um Gorleben, 12 Jahre nach dem ersten Ausstiegsgesetz und 9 Jahre nach der ersten Vorlage eines Endlagersuchgesetzes ist die Zeit reif für einen kompletten Neustart für die Suche nach einem Ort und Lagerkonzept für hochradioaktiven Müll in Deutschland.

BIs, die Antiatombewegung, die Umweltverbände und wir Grüne haben schon immer betont, dass wir Gorleben als Endlagerstandort für ungeeignet halten. Bestätigt wurden wir in den letzten beiden Jahren durch die Ergebnisse des Asse-Untersuchungsausschusses in Niedersachsen und des Gorleben-Untersuchungsausschusses im Bundestag. Über 35 Jahre hinweg haben verschiedene Bundes- und Landesregierungen mit Hilfe von massivem Polizeieinsätzen versucht, einen ohne Vergleich und ohne Öffentlichkeitsbeteiligung willkürlich ausgewählten, ungeeigneten Standort gegen den Widerstand in Gorleben durchzusetzen. Unter Umgehung geltenden Atom- und Planungsrechts wurden geologische Mängel des Salzstocks Gorleben, fehlendes Deckgebirge, Wasserwegsamkeiten, Laugen- und Gaseinschlüsse ignoriert. Grundstücke von EndlagergegnerInnen sollten kurzerhand enteignet werden. Unter diese unrühmliche Geschichte einer Suche, die nie eine war, wird nun endgültig ein Schlusspunkt gesetzt werden.

Dafür, dass Gorleben nicht Endlagerstandort wird, haben Antiatombewegung und Grüne jahrzehntelang gekämpft. Auch deshalb haben wir Grüne über anderthalb Jahre lang den Diskussionsprozess zur bundesweiten Endlagersuche gegen den Widerstand der alten Atomlobby innerhalb und außerhalb der Bundesregierung und gegen die Lethargie von zwei Bundesumweltministern am Leben gehalten. Den Weg dafür, dass auch Schwarz-Gelb und die Mehrheit der Bundesländer die Fixierung auf Gorleben als Endlagerstandort aufgegeben haben, hat der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann vor anderthalb Jahren mit seiner Zusage geöffnet, dass auch in seinem Bundesland nach möglichen Standorten gesucht werden kann. Der Diskussionsprozess zwischen Bund und Ländern wurde nach dem rot-grünen Regierungswechsel in Niedersachsen jetzt endlich zu einem Ergebnis geführt. Nach langen und zähen Verhandlungen haben sich Bund, Länder und die

Bundestagsfraktionen von Grünen, SPD, CDU/CSU und FDP politisch auf einen ergebnisoffenen Suchprozess nach dem bestmöglichen Endlagerstandort für hochradioaktiven Atommüll geeinigt.

In einer Phase Null soll eine Bund-Länder Kommission, die zur Hälfte mit Vertreterinnen und Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen besetzt wird Grundsatzfragen klären, die bislang der Regulierungsbehörde vorbehalten waren, Ausschlusskriterien und Sicherheitsanforderungen festlegen, Fehlentscheidungen der Vergangenheit bewerten und Vorschläge zur Evaluierung des Gesetzes machen. Bei der Novellierung des Gesetzes müssen auch die Ausschlusskriterien und Sicherheitsanforderungen gesetzlich verankert werden. Damit haben wir die Endlagersuche aus den Lobbyisten-Hinterzimmern, die noch über Morsleben, Asse und Gorleben entschieden haben – herausgeholt und in die Mitte der Gesellschaft gestellt. Hier erwarten wir ein Bekenntnis aller Parteien, die Ergebnisse der Kommission anschließend auch in den Gesetzentwurf einfließen zu lassen. Auch muss die Kommission einvernehmlich besetzt werden, sodass sie einen breit getragenen, gesellschaftlichen Konsens in der Endlagerfrage auch erwirken kann. An der Formulierung des Standortauswahlgesetzes wird die Öffentlichkeit zudem durch breit angelegte öffentliche Symposien und Anhörungen beteiligt.

Die Erkundung des Salzstocks Gorleben, die von Schwarz-Gelb und der Atomlobby betrieben wurde, um Fakten zu schaffen, soll ebenso beendet werden wie die Sicherheitsanalyse. Auch ein Forschungslabor wird es dort nicht geben. Falls Gorleben auch nach der Kriteriendiskussion und -festlegung bzw. ersten Auswahlstufen noch im Verfahren ist, wird zwingend noch mindestens ein weiterer Standort in der Wirtgesteinsart Salz erkundet. Die geplanten Enteignungen für die Offenhaltung von Gorleben unterbleiben.

Es wird keine weiteren Transporte ins Zwischenlager Gorleben geben, wenn der Vorschlag, der auf dem Tisch liegt, rechtssicher umgesetzt wird. Der Castorstopp für Gorleben wird deshalb möglich, weil sich die grün und rot regierten Länder Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein im Rahmen einer fairen Lastenteilung grundsätzlich bereit erklärt haben, Atommüll aus La Hague und Sellafield in die Zwischenlager ihrer AKWs aufzunehmen – eine Verantwortung für den gesamten Suchprozess, der sich die schwarz-gelb regierten Länder Bayern und Hessen entziehen wollen, obwohl ein großer Teil des Mülls RWE und damit dem Zwischenlager in Biblis zuzuordnen wäre. Nun müssen auch die schwarz-gelb regierten Länder ihre Blockadehaltung in der Frage um Castortransporte aufgeben und den Weg dafür frei machen, dass die bundesweit beste Lösung für die Zwischenlagerung der Castoren gefunden werden kann. Die Verantwortung für den produzierten Atommüll ist eine bundesweite und nicht nur die der grün und rot regierten Bundesländer. Hier erwarten wir auch vom Bundesumweltminister, dass er auf die Länder einwirkt und das deutlich macht und eine rechtssichere Lösung für die Zwischenlagerung des übrigen Atommülls vorlegt.

Die Qualität des Neuanfangs bei der Endlagersuche ist bedeutend für das ganze weitere Verfahren. Ohne breite und umfassende gesellschaftliche Debatte über Auswahlkriterien und das Auswahlverfahren wird es keinen Konsens in der

Endlagerfrage geben. Alle wichtigen Entscheidungen über die Auswahlkriterien, die Standorte der unter- und übertägigen Erkundung und den letztendlichen Standort sollen abschließend von den gewählten Abgeordneten und Regierungen per Gesetz in Bundestag und Bundesrat getroffen werden. So bekommt der Entscheidungsprozess eine hohe demokratische Legitimation.

Wir konnten darüber hinaus durchsetzen, dass betroffene BürgerInnen und Umweltverbände erheblich verbesserten Rechtsschutz bezüglich des Vorschlags für die untertägige Erkundung haben, bevor über diesen Vorschlag im parlamentarischen Verfahren entschieden wird. Auch dieser Punkt ist für die Akzeptanz einer Endlagersuche entscheidend.

Die Atomindustrie muss als Verursacher des Atommülls vollständig für die Kosten der Endlagersuche herangezogen werden. Standortsuche und -betrieb erfolgen in öffentlicher Trägerschaft. Erwartungsgemäß versuchen die Atomkonzerne öffentlich mit dem Kostenargument Stimmung für ein Endlager in Gorleben zu machen. Wir werden aber nicht zulassen, dass Atommüll-Verursacher sich vor den Kosten der jetzt erst beginnenden eigentlichen Endlagersuche drücken. Wir werden genau prüfen, ob es der Bundesregierung gelingen wird, in dieser Frage eine rechtssichere Umsetzung zu erwirken und zu formulieren. Auch mit der Forderung, dass es einen Export atomaren Mülls nicht geben darf, konnten wir uns durchsetzen. Eine bisher anderslautende Formulierung in der Novelle des Atomgesetzes zieht die Bundesregierung zurück.

Politisch ist damit der Weg für einen Neustart in der Endlagersuche frei.

Wir werden nun gemeinsam mit einer breiten kritischen Öffentlichkeit dafür sorgen, dass der politische Konsens zur bundesweiten Endlagersuche jetzt zügig und ohne Abstriche gesetzesfest gemacht und umgesetzt wird. Dazu werden wir einen transparenten Gesetzgebungsprozess mit umfassender Anhörung einleiten. Dabei muss eine rechtssichere Umleitung weiterer Atommülltransporte auf andere Zwischenlager gewährleistet sein, eine einvernehmliche Verständigung über die Mitglieder und die Arbeitsweise der Kommission hergestellt werden, eine Sicherung hinreichenden Rechtsschutzes im Gesetz formuliert sein und eine Prüfung aller Vorschläge gewährleistet sein, die sich in der Beratung des Gesetzes im Bundestag und im Rahmen der öffentlichen Anhörung ergeben haben.

Mit einem ersten Beschluss über ein Endlagersuchverfahren geht die Standortsuche erst richtig los. Uns GRÜNEN ist bewusst, dass wir noch einen sehr langen Weg vor uns haben, bis ein bestgeeigneter Ort und ein bestgeeignetes Lagerkonzept mit einer breiten Akzeptanz gefunden werden. Das Problem der Atommüllagerung ist noch nicht gelöst. Wir werden deshalb diesen Prozess der Suche nach einem Endlagerstandort kritisch und aufmerksam begleiten.